

Zitierhinweis

Rasthofer, Alexander: Rezension über: Ellen Bos / Astrid Lorenz (eds.), Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU, Wiesbaden: Springer VS, 2021, in: Ungarn-Jahrbuch, 38 (2022), S. 358-361, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/180b1d947bd6434cb29c016a6539b05b>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

*Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU.* Herausgegeben von BOS, ELLEN – LORENZ, ASTRID. Wiesbaden: Springer VS 2021. 268 S., 14 farb., 20 sch/w Abb. ISBN 978-3-658-31899-4, eBook 978-3-658-31900-7.

Mit ihrem im Jahre 2021 herausgegebenen Sammelband über das politische System Ungarns legen Ellen Bos und Astrid Lorenz ein deutschsprachiges Standardwerk für das nächste Jahrzehnt vor. Damit schließen sie eine Forschungslücke über Ungarn in der Politikwissenschaft ostmitteleuropäischer Systeme, die sich insbesondere seit 2010 immer klaffender aufgetan hat. Mit ihrem Werk stellen sie sich gegen einen Trend der zeitgenössischen Wissenschaft nach 1990, der die Staaten Ostmitteleuropas und ihre Erforschung trotz ihrer steigenden Relevanz in der europäischen Tagespolitik immer mehr in ein Nischendasein der Nichtbeachtung verbannte. So war insbesondere die ungarische Regierung Viktor Orbáns nach 2010 politisch und medial gewissermaßen in aller Munde. Eine adäquate wissenschaftliche Überblicksdarstellung zum politischen System des Landes, die all diese aktuellen Entwicklungen mit einbezieht – geschweige denn in deutscher Sprache –, ließ sich jedoch vermissen. In 13 Einzelbeiträgen bessern die Herausgeberinnen diesen Missstand aus.

Hierbei zeichnen sie bereits in ihrer Einleitung »das Bild eines innenpolitisch polarisierten und seit 2010 durch illiberale Politik geprägten Landes mit einer schwachen Zivilgesellschaft, dessen Außen- und Wirtschaftspolitik aufgrund struktureller Zwänge weit weniger durch Parteienwettbewerb und Konflikt beeinflusst wird als die Innen- und Gesellschaftspolitik« (S. 10). Zwar »wollen sich die Orbán-Regierungen seit 2010 von der gesamten Phase nach 1989 absetzen und vertreten eine konservative, souveränitäts- und gemeinschaftsorientierte Politik« (S. 10). Der Band räumt jedoch auf mit dem gängigen populärwissenschaftlichen Narrativ eines großen Bruchs. Vielmehr würden in großen Teilen die Kontinuitäten vieler Probleme vor und nach 2010 das ungarische System zeichnen. So bestehen beispielsweise nachweisbare Konstanten in der Wirtschafts-, Außen- und Europapolitik. Aber auch das westliche Narrativ zur Politisierung des Verfassungsgerichts lässt sich in der Praxis nicht stützen. Bereits vor 2010 war es ein durchpolitisiertes Gremium mit einem frühen Hang zum Aktivismus in der Verfassungsinterpretation und Verfassungsgebung mit all seinen positiven wie negativen Konsequenzen. Bos und Lorenz verweisen darüber hinaus auf den Umstand, dass das historisch niedrige Vertrauen der ungarischen Bevölkerung in die Regierung seit 2010 stetig wieder anstieg. Die folgenden Beiträge liefern den Schlüssel zu dieser differenzierteren Betrachtung Ungarns. Dabei orientieren sie sich oft entlang der drei großen Reformwellen, die das Land prägten.

*Ellen Bos* liefert eine Chronik des politischen Umbaus Ungarns nach 2010 durch die Regierungen Orbáns. Dabei schafft sie nicht nur die Grundlage für die weiteren Analysen des Sammelbandes: Sie untermauert, dass dieser Umbau nicht etwa mit bisherigen Entwicklungen brach, sondern vielmehr bereits vorhandene Funktionsdefizite befeuerte, so etwa die politische Polarisierung des Wettbewerbs, Bipolarität des Parteiensystems, Delegitimierung des politischen Gegners, Majorisierung des Wahlsystems und exekutive Zentralisierung. Die politische Möglichkeit der Zweidrittelmehrheit ab 2010 verlieh diesen Umständen noch mehr Spielraum und damit eine neue Brisanz.

*András Jakab* und *Eszter Bodnár* liefern eine tiefgreifende Studie zur verfassungspolitischen Situation Ungarns, in der sie eine 80-prozentige Kontinuität des neuen Grundgesetzes mit der alten Verfassung feststellen. Insgesamt habe die neue Verfassung sowohl Lob als auch Kritik verdient. Weiter vollziehen sie den Wandel der Rolle des Verfassungsgerichtes kritisch nach, das nach 2010 eine deutlich nichtaktivistische Rolle einnahm. Ihrem Fazit zufolge könnte das ungarische Grundgesetz »die Basis eines gut funktionierenden Verfassungsstaats sein« (S. 69), wenn nicht dritte Faktoren wie beispielsweise Korruption, Mängel im Medienpluralismus oder illiberale politische Rhetorik diese Basis schwächen würden. *Kálmán Pócsa* widmet sich dezidiert dem ungarischen Verfassungsgericht. Eindrücklich analysiert er dessen in Europa einzigartige Machtposition nach 1990 und resümiert: »Das UVerfG war aus diesem Grunde von Anfang an eine durchpolitisierte Institution.« (S. 81.)

Zentral hervorzuheben ist der darauffolgende Beitrag von *Melani Barlai*. Diese beleuchtet ein Thema, das im westeuropäischen Dialog, insbesondere in deutscher Sprache, nahezu keine Aufmerksamkeit erfahren hat. Sie beschäftigt sich mit der ideenpolitischen und geschichtlichen Spaltung Ungarns und ihrer Umsetzung in die politische Kultur und ihre Cleavages des modernen demokratischen Staats- und Parteiensystems der Nachwendejahre. Rund um den spezifisch ungarischen Konflikt der Urbanisten und »Westernizers« gegen die Agrarpopulisten und Traditionalisten, der zutiefst aus der ungarischen geschichtlichen Erfahrung schöpft und nach dem Kommunismus wiederaufflammte, skizziert sie die rasche Blockbildung der politischen Lager. Diese gewann mit der Erfahrung des Kommunismus noch eine weitere Trennlinie, nämlich die der Postkommunisten gegen die Antikommunisten, hinzu. Barlai arbeitet die eigenverschuldete Krise des linken Lagers um die Sozialisten und die anschließende Zersplitterung und Hilflosigkeit der Opposition ab 2010 sowie die Mechanismen der Formierung und des Aufstiegs des bürgerlichen Lagers rund um Fidesz auf. Damit liefert sie auch ein Novum im Hinblick auf die Einblicke in die politischen Narrative und Ideologien Ungarns und seiner Parteien und Wahlbürger.

*Zoltán Tibor Pállinger* erläutert die Praxis der Volksabstimmungen in Ungarn. Er erklärt ihre Nutzung auch als politische Waffe und wirft Licht auf das kontroverse Instrument der Nationalen Konsultationen. *Dániel Mikecz* analysiert die Rolle der Zivilgesellschaft, insbesondere auch das besondere Selbstverständnis eines genuin ungarischen »Dritten Weges«, der in seiner Genese aus dem Gedanken der ungarischen Unabhängigkeit von Nationalsozialismus und Kommunismus in der Zwischenkriegszeit entsprang. Weiterhin erklärt er die – auch durch den Kommunismus – bis heute niedrige Partizipation und bringt Licht in den Umgang der Regierung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und das ungarische Verständnis von zivilgesellschaftlicher Nützlichkeit für die Gemeinschaft.

Eine weitere Schlüsselrolle übernimmt der englischsprachige Aufsatz von *Zoltán Pogátsa* über die Wirtschaftspolitik Ungarns. In großer Ausführlichkeit erörtert der Verfasser die integrale wirtschaftliche Abhängigkeit Ungarns von ausländischen Direktinvestitionen, die Ungarn nach wie vor zu einer der am meisten offenen Wirtschaften der Welt macht. Die weitgehende Ignoranz der Mehrheit der Ökonomen alternativen Wirtschaftsmodellen neben einem rigorosen Neoliberalismus gegenüber setzt sich bis heute in weiten Kreisen fort. Dieser Liberalismus hat Ungarn jedoch arm und ungerecht gemacht, so Pogátsa. Vor 2010 hatte das Land die geringste soziale Mobilität in der gesamten Europäischen Union. Es wurde vorwiegend von internationalen Konzernen als Produktionsbasis mit geringen Löhnen genutzt, die ihre Erzeugnisse und Gewinne zurück nach Westeuropa exportierten. Somit blieb jedoch kein Wert in der Region selbst zurück, ein Mittelstand konnte sich nicht herausbilden. Der Verfasser erörtert anhand dieses Schemas die Kontinuitäten der Regierungspolitiken vor und nach 2010, so auch die hohe Korruptionsproblematik. Nichtsdestotrotz wirft er trotz seiner Kritik durchaus auch einen positiven Blick auf einige wirtschaftspolitische Maßnahmen und Entwicklungen in der Orbán-Ära.

*András Hettyey* erläutert die drei Säulen der ungarischen Außenpolitik sowie deren drei Perioden. Er spannt einen Bogen der Kontinuität über die politischen Entscheidungen der einzelnen Regierungen hinweg und konstatiert trotz eines Übergangs von einem Integrationsdiskurs zu einem Souveränitätsdiskurs eine weitere Europäisierung. *Dániel Hegedűs* ergänzt in seinem Artikel zur Rolle Ungarns in der Europäischen Union dieses Bild um ein Wechselspiel aus antieuropäischer Kommunikation bei gleichzeitiger Kompromiss- und Dialogbereitschaft. Des Weiteren zeichnet er die bestehenden Kooperationsnetzwerke Ungarns innerhalb der Union auf. Er bezeichnet Ungarns Rolle als die eines pragmatischen *Disruptors*. Dieser trete wahlkampftaktisch und innenpolitisch zwar als disruptiver Akteur auf, setze aber durchaus pragmatische fachpolitische Prioritäten in der Europäischen Union.

In den abschließenden drei Beiträgen bespricht *Paula Beger* die drei Phasen der ungarischen Migrations- und Asylpolitik sowie das Verschieben der Debatte von der sachpolitischen Ebene in die breite Öffentlichkeit nach 2015, gibt *Márk Várszegi* einen kritischen Überblick über die Wissenschaftspolitik unter dem Vorzeichen der Zentralisierung, und behandelt zuletzt *Györgyi Nyikos* die ungarische Regionalpolitik. Dabei macht letztere auf den faktischen Rückfluss von 80 Prozent der EU-Mittel in den Westen aufmerksam und erörtert auch die Einführung des europäischen Konditionalitätsmechanismus.

Alles in allem liefert der Sammelband in diesen 13 Beiträgen einen vielgestaltigen Rundumschlag über die prägenden Elemente des ungarischen politischen Systems. Hierbei folgt er nicht den gängigen populärwissenschaftlichen Narrativen, die sich in den letzten zwölf Jahren über Ungarn herausgebildet haben, sondern lässt sich auf eine nüchterne, sachliche und dennoch stets – mal mehr, mal weniger – kritische Analyse ein. Hierbei glänzt er insbesondere durch seine vorwiegende Einbeziehung ungarischer beziehungsweise ungarischsprachiger Autorinnen und Autoren, die allein bereits durch ihre Sprachkenntnis einen deutlich fundierteren Zugang zu den Quellen, Geschehnissen und Hintergründen des Landes besitzen. Diese Personen weisen einen besseren Sachstand auch dadurch auf, dass sie als überwiegende Einwohner des Landes langfristig, unmittelbar und aus erster Hand in dessen Debatten und Ereignisse involviert sind. Eine Lektüre des Buches ist also nur zu empfehlen.

In ihrem Resümee kann sich diese Rezension nur den Worten von Bos und Lorenz anschließen, wenn sie das verzerrte westliche Bild von der ungarischen Transformation bemängeln: »Möglicherweise hat auch eine zu deterministische Perspektive der Transformationsforschung, die die Demokratisierung autoritärer Systeme in erster Linien [sic] als Anpassung an ein stilisiertes westliches liberales Demokratiemodell begreift, zu dieser Fehleinschätzung beigetragen.« (S. 18). Der heutige Umgang mit Ungarn zeugt von einem gewissen enttäuschten kindlichen Optimismus und einer westlichen Kurzsichtigkeit in Bezug auf Ostmitteleuropa als politischer Kulturraum. „Das politische System Ungarns“ mag Licht in dieses Dunkel bringen und den deutschsprachigen Forschungsdiskurs anreizen, sich dem Thema mit der gebührenden Ernsthaftigkeit zu widmen.

*Alexander Rasthofer*

Budapest